

Das Ausbaugewerbe hat eine eigenständige Haltung zum CO₂ Gesetz

Nachdem der Ständerat in der Frühlingsession das CO₂ Gesetz als zweiter Rat behandelt und dabei eine überraschend umweltfreundliche Haltung an den Tag gelegt hat, ist momentan eine intensive Diskussion über die abschliessende Ausgestaltung im Gang. Streitpunkt Nr. 1 ist die Frage, ob die Reduktion unseres CO₂ Ausstosses um 20 Prozent₁ bis ins Jahr 2020 durch reine Inlandmassnahmen oder auch durch Kompensationsgeschäfte im Ausland zu erzielen sei. Innerhalb des Gewerbeverbandes nehmen die Berufsverbände der Gruppe des Ausbaugewerbes (GAG) – darin sind unter Anderen die Holzbauer, Schreiner, Maler und Gipser, Elektriker, Gebäudeinstallateure, Dachdecker und Metallbauer vertreten – eine differenzierte Haltung ein. Sie sind überzeugt, dass es sinnvoller ist, wenn der Bund Massnahmen im Inland unterstützt, als sich im zweifelhaften internationalen Zertifikatshandel zu engagieren.

Persönlich habe ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Umwelt Raumplanung, und Energiekommission des Nationalrates (UREK-N) den aktuellen CO₂-Gesetzgebungsprozess von allem Anfang an mitgestaltet. Als damaliger Präsident der Subkommission zur Parlamentarischen Initiative „Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich“ von Nationalrat Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH) kenne ich die in der Subkommission entwickelte „Teilzweckbindung der CO₂ Abgabe auf Brennstoffe“ im Detail.

Die grundsätzliche Haltung der GAG zum CO₂ Gesetz

Die Gruppe des Ausbaugewerbes hat sich - unterstützt durch ihr nahestehende Organisationen - schon im Vorfeld der Beratungen im National- und Ständerat für eine praxisorientierte Gesetzgebung ausgesprochen. Dabei stand - neben dem eigentlichen Hauptziel der Verminderung des CO₂ Ausstosses - immer auch die damit verbundene Wertschöpfung im Inland im Zentrum unserer politischen Aktivität. Damit lässt sich erklären, dass sich unsere Position zum Teil von jener der grossen Wirtschaftsdachorganisationen unterscheidet. Unsere Haltung haben wir via die Energieallianz vor den Debatten im Nationalrat und im Ständerat offen kommuniziert.

Unsere Botschaft basiert auf vier Pfeilern:

1. Die anvisierte Reduktion um 20 Prozent bis 2020 soll im Inland erfolgen.
2. Dazu ist die sogenannte Teilzweckbindung zur Unterstützung von energetisch wirksamen Massnahmen im Gebäudebereich einzuführen.
3. Die Senkenleistung von verbautem Holz soll in der CO₂ Bilanz anrechenbar werden.
4. Die sog. CleanTech ist in der Schweiz vordringlich zu forcieren.

Alle vier Massnahmen stärken die Binnenwirtschaft. Anstatt sich im internationalen Zertifikathandel stark zu engagieren, setzen wir das Geld besser im Inland ein, um unseren Gebäudepark energetisch zu erneuern. Diese Massnahme hat eine dreifach positive Wirkung:

1. Der Verbrauch von fossilen Brennstoffen und damit der CO₂ Ausstoss werden reduziert.
2. Die Auslandabhängigkeit in der Ressourcenbeschaffung wird kleiner.

3. Die resultierenden Aufträge für die Binnenwirtschaft bringen einen nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftliche Nutzen in Form von Arbeit und Wertschöpfung und schliesslich auch wieder ordentlichen Einnahmen für die öffentlichen Haushalte.

Demgegenüber hat die Beteiligung am internationalen Zertifikathandel entscheidende Schwachpunkte:

1. Wir kaufen Zertifikate z. T. genau in jenen Staaten, denen wir für teures Geld schon Erdöl und Gas abgekauft haben. Zum Kauf der Zertifikate erhebt man wieder eine Abgabe, und deren Ertrag schicken wir wieder dorthin zurück. Volkswirtschaftlich macht das wenig Sinn.
2. Der internationale Handel mit Zertifikaten geniesst einen gleich zweifelhaften Ruf wie Teile der Regime in den Empfängerstaaten. Die Grenzen zwischen korrekter Handhabung und Korruption sind bei den Empfängern oftmals fließend.
3. Der europäische Handel mit Zertifikaten wurde bspw. Ende Januar 2011 wegen Hackerangriffen eingestellt (siehe NZZ Online vom 17. Febr. 2011)
4. Die Behauptung, dass mit dem gleichen Geld im Ausland mehr CO₂ eingespart werde, ist weit verbreitet und mag in Einzelfällen zutreffen. Die Zahlen der Befürworter lassen allerdings manchmal Zweifel aufkommen. Eine Medienmitteilung vom 29. März 2011 der Stiftung Klimarappen spricht vom fünffachen Effekt. Economiesuisse schreibt in einer Mitteilung an die Mitglieder der Umweltkommission des Nationalrates am 28. März 2011 von einer 20 – 40 fachen Wirkung. Eine Studie im Auftrag der Stiftung Klimarappen besagt, dass sich die Inlandmassnahmen des Gebäudesanierungsprogramms für die Bauherren finanziell lohnen und die Energieagentur der Wirtschaft sagt zu Recht, dass die ihr angeschlossenen Firmen mit wirtschaftlichen Massnahmen im Inland eine Million Tonnen CO₂ pro Jahr reduzieren. Selbst in jenen Kreisen scheint man sich also unsicher zu sein, ob nicht doch jene Studie Recht hat, wonach in der Schweiz, insbesondere im Gebäudepark sehr viel Reduktionspotential liegt, das sich wirtschaftlich lohnt.

Das Nationale Gebäudeprogramm – Opfer des eigenen Erfolges

Das nationale Gebäudeprogramm, welches durch die Teilzweckbindung alimentiert wird, erweist sich schon im ersten Jahr als voller Erfolg. Momentan werden damit jährlich 200 Million Franken aus der CO₂ Abgabe auf Brennstoffe für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich investiert. Die Aktion läuft bis ins Jahr 2020 und wird von den Kantonen umgesetzt. Seit Beginn im Januar 2010 wurden viel mehr Gesuche eingereicht, als zuvor angenommen wurde. Deshalb mussten die Bedingungen zum Leidwesen der renovationswilligen Hauseigentümer bereits nach 15 Monaten erstmals korrigiert werden. Das ist insofern bedauerlich, dass schon kurz nach dem Start die Spielregeln geändert werden mussten. Der Vorschlag des Ständerates, die Mittel auf 300 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen, kommt also wie gerufen.

Zusammenfassung

Summa summarum betreiben die in der Gruppe des Ausbaugewerbes zusammengeschlossenen Berufsverbände eine fortschrittliche Politik. Diese unterscheidet sich in ihrer Ausrichtung von der leicht antiquierten, nach der reinen Finanzlehre ausgerichteten Argumentation der grossen Dachorganisationen der Wirtschaft.

Wir sind überzeugt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung der Eidgenossenschaft unsere Haltung mitträgt. Deshalb sind wir auch skeptisch vis à vis der etwas voreilig in die Welt gesetzten Referendumsdrohungen aus Wirtschaftskreisen.

In der Differenzbereinigung in den eidg. Räten werden wir die errungenen Eckwerte verteidigen. Dabei können wir uns auf eine breite Allianz fortschrittlicher Kräfte aus dem ganzen politischen Spektrum berufen: Dies im Wissen, dass die Zeiten, wo sich Ökonomie und Ökologie fundamental bekämpft haben, der Vergangenheit angehören.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos

- 1) Ausgehend vom Referenzwert des Jahres 1990